

Hans-Dieter Gärtner: Wahlkampf und Presse. Portrait der Zeitungslandschaft Hessen anhand von pressestatistischen Daten und einer Fallstudie.- Königstein/Ts.: Hain 1986, 279 S. und 21 S. Anhang, DM 48,-

Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann haben 1983 in 'Wahlen und politisches System' darauf hingewiesen, daß Forschungsprogramme weitgehend fehlen, "welche die Art der Beziehungen zwischen den politischen Eliten und der Bevölkerung unter Einschluß der Massenmedien thematisieren". Gärtner, der lediglich einen Beitrag aus diesem Sammelband (den von Dieter Fuchs über 'Politischen Protest und Stabilität des politischen Systems') zitiert, ist dieser Anregung nur begrenzt gefolgt.

Der barocke Untertitel verrät die Dissertation, als die der vorliegende Band 1985 an der Universität Mainz nach Betreuung durch Hans Matthias Kepplinger vorgelegt wurde. Der Leser erwartet vielleicht zunächst eine Auseinandersetzung mit der Berichterstattung der Zeitungen zum hessischen Landtagswahlkampf 1978 (um den es hier geht). Tatsächlich stellt Gärtner jedoch Ergebnisse einer Umfrage unter den jeweiligen Direktkandidaten über die Erfahrungen mit der Lokalberichterstattung sowie die von den Kandidaten empfundenen Unterschiede in der Berichterstattung und im Umgang mit der Presse vor.

Grundlage waren 502 Fragebögen, die gut zwei Monate nach der Wahl vom 8. Oktober, am 13. Dezember 1978, verschickt wurden. Der Rücklauf belief sich auf 283 Fragebögen (56,4 %), wobei die Kandidaten der Bundestagsparteien CDU, SPD und FDP jeweils leicht überrepräsentiert waren.

Mit den Resultaten wird das Verhältnis zwischen den Landtagskandidaten und der Lokalpresse beschrieben, aber nur aus der Sicht der politischen Akteure. Insofern trifft der gewählte Titel nicht von vornherein den Inhalt des Buches, obwohl aus den vorgeführten Daten indirekt Rückschlüsse auf die Zeitungslandschaft Hessens gezogen werden können. Die Presse wird vielmehr in ihrer gatekeeper-Funktion bei der Planung und Durchführung von Wahlkampagnen durch Kandidaten und ihre Parteien vorgeführt.

Zweifellos ist dem Autor zuzustimmen, daß bei der parteiungebundenen Presse der politische Standort am ehesten vor Wahlen sichtbar wird. Die parteipolitische Tendenz einer Zeitung sei im Kommentar und an der Häufigkeit der Berichte für eine bestimmte Partei erkennbar. Allerdings wird in der Dissertation dieser Aspekt nicht näher untersucht, ebensowenig wie der Kommentar im Lokalteil, den Gärtner doch als Indikator zur Messung des parteipolitischen Engagements einer Zeitung bezeichnet. Zwischen den Parteien und der lokalen Presse besteht für den Autor ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis: Die Parteien wollten ihre Ziele in der Öffentlichkeit über die Medien darstellen, die Presse benötige die Information der Parteien.

Die ausschließliche Berücksichtigung der Landtagswahlkandidaten als politische Kommunikatoren begrenzt naturgemäß die Aussagekraft der vorgelegten Daten. Ein umfassendes Bild wäre nur durch eine Aussagenanalyse der 19 Zeitungen sowie eine Befragung der für die Wahlkampfberichterstattung verantwortlichen Journalisten erreicht worden.

Die Aussagen der Kandidaten über das politische Profil der Zeitungen sind zwangsläufig subjektiv und bedürften einer Objektivierung. Daß Kandidaten im allgemeinen der Ansicht sind, ihr Gegenkandidat werde durch ein Periodikum begünstigt, liegt auf der Hand. Tendenzielle Hinweise lassen sich immerhin dann ableiten, wenn bei der Beurteilung der Tendenz einer Zeitung extrem hohe Affinitäten festzustellen sind, wie etwa für die CDU bei der 'Abendpost', der Bild-Zeitung, der FAZ, der 'Frankfurter Neuen Presse', der 'Fuldaer Zeitung', der Gemeinschaftsredaktion Arbeitsgemeinschaft mittelhessischer Zeitungsverleger, der 'Gießener Allgemeinen', dem 'Hanauer Anzeiger' und insbesondere dem 'Main-Echo'; für die SPD beim 'Darmstädter Echo', der 'Frankfurter Rundschau', der 'Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen', der 'Offenbach-Post' und der 'Werra Rundschau'.

Die befragten Kandidaten glaubten, das Wahlergebnis sei durch die Berichterstattung der Lokalpresse stark beeinflußt worden. Die CDU-Kandidaten meinten, ihre Partei habe im politischen Teil der Tageszeitungen 1978 weniger Unterstützung gefunden. Dieses Urteil fällt allerdings dort anders aus, wo CDU-Kandidaten ein Direktmandat gewinnen konnten. Die Wahlkreiskandidaten stützen sich durchweg auf die Berichterstattung der Lokalpresse, jedoch konnten die Vertreter der kleinen Parteien weniger Kontakte knüpfen und deshalb auch nur eingeschränkt konkurrieren. Dort, wo die Zeitungsdichte gering ist, wie im Norden von Hessen, bestanden stärkere Kontakte zur Presse als im Süden Hessens. Der vermutete politische Standort einer Zeitung bestimmt das Verhalten des Kandidaten gegenüber der Presse. Häufig lieferten Landtagskandidaten der Lokalpresse Eigenberichte über ihre Wahlveranstaltungen, was nicht selten zur stärkeren Berücksichtigung in der Wahlberichterstattung der Presse führte. Je stärker der Kontakt zu Zeitungen war, um so deutlicher profiliert waren auch die Urteile der konkurrierenden Landtagskandidaten über die Tendenz der Zeitungen.

Quantitativ orientierte Analysen pflegen nicht selten widersprüchliche Ergebnisse zu produzieren. Im vorliegenden Fall ist das besonders deutlich auf Seite 211, 218 f und 222 ff, wo es um die Zuverlässigkeit der Berichterstattung in Relation zur Auflagenhöhe bzw. zur Monopolstellung geht. Die von Gärtner aus seinem Datenmaterial gezogenen Schlüsse erscheinen hier nicht eindeutig. Insofern sind auch Ausführungen zu den Selektionskriterien der hessischen Lokalpresse während des Landtagswahlkampfes 1978 (S. 229 ff) nur bedingt gültig. Daß die Lokalpresse in Übereinstimmung mit der Erwartungshaltung der Wähler den Kandidaten der traditionell führenden Partei im Wahlkreis und damit den wahrscheinlichen Wahlsieger bevorzugte, ließe sich gewiß besser mit der Aussagenanalyse als mit einer Befragung der Kandidaten belegen. Auch die Hinweise darauf, daß direkte Pressekontakte förderlich für den Erfolg eines Landtagskandidaten sind, und daß die Presse im allgemeinen die etablierten Parteien unterstützt, sind keine neuen Einsichten, die auch nicht erklären, auf welche Weise gewisse alternative Parteien zu wenn auch nur zeitweiligen Erfolgen kommen.

Gärtners Studie ist eine Augenblicksaufnahme aus relativ enger Perspektive. Sie liefert deshalb kaum Argumente für längerfristig gültige Verallgemeinerungen.